



Antrag

der Abgeordneten **Franz Bergmüller, Uli Henkel, Ferdinand Mang, Gerd Mannes, Dr. Ralph Müller, Josef Seidl, Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl** und **Fraktion (AfD)**

Abkassieren der Autofahrer augenblicklich beenden!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die freie Mobilität der Bürger ein hohes Gut ist. Dieses darf unter keinen Umständen noch weiter beschnitten werden, auch nicht auf Basis einer irrationalen Klimahysterie.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass die auf Bundesebene geplanten Verteuerungen von Benzin und Diesel im Rahmen des Klimaschutzprogramms 2030 nicht durchgeführt werden.

Darüber hinaus muss sich die Staatsregierung für eine Senkung der auf die Kraftstoffe aufgeschlagenen Steuern einsetzen.

Zusätzlich soll die Entfernungspauschale bereits ab dem ersten Kilometer auf 0,45 Euro pro Kilometer erhöht werden.

Begründung:

Der Benzinpreis von Super E10 betrug Stand 13.09.2019 1,419 Euro pro Liter. Etwa 60 Prozent des Preises ist auf Steuern zurückzuführen, dies ist auch beim Diesel der Fall. Es ist festzustellen, dass die Preise für Benzin und Diesel sich aufgrund der Besteuerung auf diesem hohen Niveau bewegen. Statt dieses Problem durch Entlastung der Pkw-Fahrer anzugehen, soll die Pkw-Mobilität weiter verteuert werden. Auf Bundesebene wurde ein „Paket“ im Rahmen des Klimaschutzprogramms 2030 aufgelegt, das die weitere Verteuerung von Benzin und Diesel vorsieht.

Viele Bürger benötigen ihren Pkw, um täglich zur Arbeit zu kommen. In abgelegenen Regionen ist die Mobilität mit dem Pkw besonders wichtig, da hier die öffentlichen Verkehrsmittel oftmals nur unzureichend zur Verfügung stehen. Gerade deshalb wäre es speziell für die kleineren Kommunen und die abgehangenen Regionen fatal, sollte die Pkw-Mobilität mit zusätzlichen Steuern belastet werden.

Nicht die Ursachen werden bekämpft, die die Bürger zunehmend zwingen, mit dem Pkw weite Strecken oder Strecken in strukturschwachen Regionen zu fahren, sondern die Politik arbeitet in immer größerem Maße mit monetären Strafen und Verboten. Statt auf Anreize und Marktwirtschaft zu setzen, wird zunehmend mit planwirtschaftlichen Methoden operiert. Dies ist insbesondere im Bereich der sogenannten Klimaschutzpolitik festzustellen. Gerade für die starke bayerische Wirtschaft stellt das eine zunehmende Belastung dar und verhindert zukünftige Investitionen.

Die Automobilindustrie ist eine Schlüsselindustrie für Deutschland und Bayern, die derzeit in eine radikale Rezession schlittert. Die Politik befördert diese Entwicklung, durch eine staatlich initiierte Verteuerung der Kraftstoffe. Dies hat die insgesamt Schwächung der Automobilindustrie in Deutschland und Bayern zur Folge. Um diese Rezession einzudämmen und möglichen Entlassungen tausender Arbeitnehmer vorzubeugen, ist anstatt einer Steuerhöhung eine umgehende Absenkung der auf die Kraftstoffe aufgeschlagenen Steuern notwendig.